



**Positionen 31.12.2018**

RA Andreas Tressin (Geschäftsführer)

DATUM

31. Dezember 2018

Tr/Fe

**Jahresrück- und Ausblick 2018/2019:**

**„Der beste Weg, die Zukunft vorauszusagen, ist, sie zu gestalten.“**  
(Willy Brand)

Nie ging es Deutschland so gut wie heute, nie war unsere Wirtschaftskraft größer, noch nie waren die Steuereinnahmen so hoch, nie waren mehr Menschen in unserem Land beschäftigt und nie lagen die Einkommen der Bürger über die ganze Breite höher. Insgesamt eine Melange, die dazu angetan ist, sich zurückzulehnen und sich treiben zu lassen. Und so überrascht es nicht, dass in der Politik auch 2018 Bequemlichkeit und die Neigung zum Geldausgeben noch einmal zugenommen haben. Das Grundproblem ist und bleibt, dass die politische Ausrichtung der Regierungsarbeit nicht stimmig ist. Das Regierungsprogramm liest sich so, als wäre es ausschließlich von Sozialpolitikern geschrieben. Statt auf Freiheit, Wettbewerb, Eigenverantwortung und wachstumsfördernde Investitionen zu setzen, geht es ausschließlich nur um Umverteilung. So werden die Sozialausgaben in diesem Jahr voraussichtlich erstmals die Grenze von einer Billionen Euro durchbrechen, andererseits aber ist kein Geld für die Abschreibung der energetischen Gebäudesanierungen, für die steuerliche Forschungsförderung, für steuerliche Entlastungen, die komplette Abschaffung des Solidaritätszuschlags oder die Senkung der Unternehmenssteuer vorhanden. Aufbruchswille und Mut sind Fehlanzeigen. So beschränkten sich die Aktivitäten der Bundesregierung 2018 auf die weitere Verschönerung einer ohnehin schon ersprießlichen Gegenwart, im Zweifel leider gegen teure spätere Rechnung. So haben allein die neuen Regelungen im Arbeitsrecht allesamt den Arbeitsmarkt noch unflexibler und kostenintensiver werden lassen. Statt Endbürokratisierung sind zudem noch neue Verwaltungsmonster auf die Firmen hinzugekommen; hier seien nur exemplarisch die neuen Regelungen zur Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) genannt.

Die große Koalition hat sich in 2018 einmal mehr verhalten wie jemand, der im Sommer die Winterkleidung weg gibt. Offensichtlich kann und will sich niemand vorstellen, dass der Himmel spätestens seit Herbst nicht mehr blau und die gefühlte Temperatur nicht mehr mild ist.

Keiner wünscht sich konjunkturelle Einbrüche und niemand eine eisige Zeit. Aufbruchswille und Mut sind deshalb mehr denn je gefordert. Angesichts der dunklen Wolken, die am Konjunkturhorizont aufziehen, darf man erwarten, dass

HAUSANSCHRIFT  
Rennbaumstraße 75  
51379 Leverkusen

TEL 02171/7392 - 0  
FAX 02171/7392 - 11  
E-Mail tressin@uvrw.de

unsere Regierung nun endlich alles daran setzt, den heimischen Wirtschaftsstandort wetterfest zu machen. Die Bundesregierung muss die Rahmenbedingungen wieder so setzen, dass die Unternehmen wettbewerbsfähiger agieren können. Die neue Parteivorsitzende der CDU, Frau Kramp-Karrenbauer ist jetzt umso mehr gefordert, einen wirklichen Wechsel der Wirtschaftspolitik vorzunehmen, will sie nicht auf „Merkel II“ reduziert werden oder wie bisher als ausschließliche Vertreterin der Sozialausschüsse der CDU.

Wer heute die guten ökonomischen Rahmendaten nicht nutzt, wird morgen rote Zahlen und mangelnde Wettbewerbsfähigkeit zu verantworten haben. Wohin das führen kann, hat Deutschland Anfang des Jahrtausends schmerzhaft erleben müssen. Damals war die Bundesrepublik das Wachstumsschlusslicht in der EU und galt als „kranker Mann Europas“. Es war Bundeskanzler Gerhard Schröder, der dann mit der Agenda 2010 die überfällige Kehrtwende eingeleitet hat. Einen solchen Reformschub braucht Deutschland wieder. Anstatt weiter an einer Rundum-sorglos-Sozialpolitik zu basteln, muss die Regierung beherzt eine Reformagenda 2030 auf den Weg bringen. Die Problemfelder sind seit langem bekannt:

- Von wettbewerbsfähigen Energiepreisen bis zum Diesel
- Von der Reform der Sozialversicherungssysteme, insbesondere der Rentenversicherung, bis zur Einengung der Unternehmensspielräume
- Von der Verkehrsinfrastruktur bis zur Digitalisierung
- Die Frage der Zukunftsfähigkeit unseres Bildungswesens im Zeitalter der Digitalisierung, in dem Wissen und Expertise eine immer kürzere Halbwertszeit haben

Alles zusammen bewirken die angesprochenen Themen eine beängstigende Belastungsperspektive der jungen Generation. Die Politik hat also keinen Grund sich zurückzulehnen und munter einen überholten Koalitionsvertrag einfach abzarbeiten. Ein Masterplan zur Bewältigung der vorbezeichneten Herausforderungen ist nach alledem erforderlich, der vordringlich auf eine Angebots- statt auf eine Verteilungspolitik setzt. Die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, der Innovationsfähigkeit und der Investitionsbedingungen für die Unternehmen müssen dabei im Mittelpunkt allen Handelns stehen und zwar nicht nur für die Bundesregierung, sondern auch für die Tarifpolitik. Denn letztere steckt seit Jahren mit ihren drei wesentlichen Funktionsfeldern (Regelung von Mindestarbeitsbedingungen, Friedensfunktion, Ordnungsfunktion) in einer tiefen Legitimationskrise; die stetig zunehmende Abnahme einer Tarifbindung ist hierfür Beweis. Um eine weitere Erosion zu vermeiden, kann das künftige tarifpolitische Leitbild deshalb nur lauten: „Mehr konsensuale und vor allem berechenbare, auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Betriebe ausgerichtete Tarifpolitik wagen“. Wir brauchen dringender denn je flexible Tarifverträge, die den volatilen Wachstumsverläufen ebenso gerecht werden, wie den unterschiedlichen betrieblichen Entwicklungen. Darüber hinaus bedarf es dringend einer Regulierung des gesamten Arbeitskampfrechtes; die Beliebigkeit des Einsatzes und Umfanges von Arbeitskämpfen verursacht nämlich nicht nur immer wieder erhebliche volkswirtschaftliche Schäden, sondern ist spätestens seit der zuletzt durchgeführten 24-Stunden-Warnstreiks in der Metall- und Elektroindustrie nicht mehr verhältnismäßig und deshalb für die Unternehmen nicht mehr zumutbar.

Darüber hinaus muss immer wieder die Flexibilisierung der Arbeitszeit ange-mahnt werden. Tägliche Höchst-arbeitszeitgrenzen oder eine zusammenhängen-de Ruhezeit von 11 Stunden passen einfach nicht mehr zu den Anforderungen einer zunehmend digitalisierten Wirtschaft. Mit einem Arbeitszeitgesetz, das aus der Zeit von Telefax und Wählscheibe stammt, werden wir das Rennen um die Digitalisierung jedenfalls nicht gewinnen. Es ist für viele Branchen wichtig, eine Flexibilisierung der maximalen Arbeitszeit pro Tag zu erreichen. Die bisherigen strikten Regeln behindern Unternehmen, Gastronomen und Gewerbebetreibende insoweit, dass sie ihre üblich angebotenen Dienstleistungen nicht erbringen und Arbeitsabläufe nicht darstellen können. Gerade bei Spitzen in der Auslastung laufen wir Gefahr, den Firmen im Land das Wasser abzugraben.

Auch das kommende Jahr wird unter der beschriebenen Gemengelage wieder unsere volle Aufmerksamkeit und Engagement verlangen.

Wir danken allen, die das vergangene Jahr mit uns gemeinsam gestaltet haben und wünschen Ihnen und Ihren Familien ein besinnliches Weihnachtsfest sowie ein glückliches, gesundes und hoffentlich erfolgreiches Jahr 2019.

Mit diesem Wunsch verbinden wir den Dank an all diejenigen Damen und Her-ren, die uns in den Verbands-gremien und Arbeitskreisen, in den Ehrenämtern der sozialen Selbstverwaltung, sowie der Gerichtsbarkeit in der Erfüllung unserer Aufgaben geholfen haben.

Wir freuen uns, die Zukunft mit Ihnen gemeinsam zu gestalten und auf die Auf-gaben, die Sie uns 2019 stellen werden.

Mit freundlichen Grüßen  
Arbeitgeberverband der  
Metall- und Elektroindustrie Rhein-Wupper e.V.  
Unternehmerschaft Rhein-Wupper e.V.



A. Tressin  
Geschäftsführer